



Es gilt das gesprochene Wort!

Kiel, 10. April 2014

TOP 20: Resolution zum Erhalt der Förderzentren (Drucksache 18/1731 und 18/1791)

Martin Habersaat:

Inklusion braucht auch Förderzentren

Mit uneingeschränkten Bekenntnissen ist das so eine Sache, vor allem bei komplexen Themen. Ich kann die Intention der FDP nachvollziehen, die aus oppositionellem Impuls die Menschen vor finsternen Absichten der Küstenkoalition warnen will, wobei es nicht weiter von Bedeutung ist, ob es diese Absichten nun tatsächlich gibt oder ob es sie nicht gibt.

Natürlich bekennen wir uns zu unseren Förderzentren und zu deren guter Arbeit. Wir bekennen uns aber auch zum Ziel der Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung in den Regelschulen. Die Rolle der Förderzentren mit den Schwerpunkten Lernen, Sprache und soziale / emotionale Entwicklung wandelt sich. Wir waren uns nicht sicher, ob dieser Wandel im Resolutionstext der FDP enthalten ist. Klar ist aber: Es wird nicht ohne Förderzentren gehen.

Wir machen uns die Ausführungen von Frau Wende in der Debatte vom 20. März zu Eigen, die sagte: „Auch in Zukunft wird es in Schleswig-Holstein Förderzentren für Schülerinnen und Schüler mit erheblichem Unterstützungsbedarf geben, zum Beispiel im Bereich der geistigen, körperlichen und motorischen Entwicklung.“

Das ist für uns überhaupt nicht strittig. Wir wissen, dass es junge Menschen mit besonderen Beeinträchtigungen gibt, denen man keinen Gefallen damit täte, wenn man versuchen wollte, sie inklusiv zu fördern und zu unterrichten. Zugleich sind die Förderzentren als Schulen ohne

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Schüler oder mit der Möglichkeit, nur zeitweise Schulen mit Schülern zu sein, die Partner der Regelschulen, die diesen die Inklusion erst möglich machen.

Spannend war für mich ein Gedanke, den ich aus einem Gespräch mit Elternvertretern der Förderzentren G in der vergangenen Woche mitgenommen habe. Die Eltern argumentierten, für ihre Kinder gebe es Inklusion überhaupt nur im Förderzentrum. Auf die Bedeutung des Peer-Group-Effektes für spezifische Gruppen von Menschen mit Behinderungen wies auch Ulrich Hase, unser Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung, beim jüngsten Treffen des Runden Tisches Inklusion in der vergangenen Woche wieder hin.

Natürlich haben die Eltern das letzte Wort, wenn es um die Entscheidung Regelschule oder Förderzentrum geht. Um diese Entscheidung reflektiert treffen zu können, haben sie einen Anspruch auf Beratung. Das eigene Kind zu überfordern ist schädlich, es zu unterfordern auch. Hier müssen die Regelschulen und die Förderzentren bei der Information und bei der Beratung der Eltern zusammenwirken.

Wenn der Antrag der FDP den Eindruck erweckt, als ob irgendjemand die Qualifikation und das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer an den Förderzentren in Zweifel gezogen hätte, kann er sich dabei mit Sicherheit nicht auf die Rede von Frau Wende in der Debatte im März-Plenum stützen. Es gibt keinen Grund für eine derartige Debatte hinsichtlich unserer Förderzentren, und es gibt auch keinen Grund, der Ministerin zu unterstellen, sie würde sich nicht vor ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen.

Die dritte Vogelscheuche baut der Antrag der FDP auf, wenn er den Erhalt der Ausbildung für das Lehramt Sonderpädagogik fordert. Dass das so ist, können Sie in Paragraph 16 des Entwurfs für das Lehrkräftebildungsgesetz nachlesen.

Wir haben uns deshalb erlaubt, Ihren Antrag ein wenig vom Kopf auf die Füße zu stellen und auf das hinzuweisen, was Tatsache ist, statt den einen oder anderen Popanz aufzubauen, der nichts als Verunsicherung bei den Betroffenen schüren soll.

Ich bitte um Abstimmung in der Sache und um Zustimmung zum Antrag der Koalition.